

für seine Propaganda nutzte: Seinerzeit dauerte die erste Intifada bereits seit drei Jahren an.

Trotz der beschriebenen negativen Vorzeichen könnte der langfristige Effekt des derzeitigen Konfliktes und mehr noch der Anschläge selbst ganz anders sein, als Ossama Ben Laden dies geplant hat. Die amerikanisch-britischen Luftschläge gegen Afghanistan haben einerseits stärker als bei früheren Konflikten zu einer gewissen Solidarisierung von Muslimen über die arabische Kernregion hinaus beigetragen. Andererseits jedoch wurde nach dem Schock des 11. September die längst überfällige inner-muslimische Diskussion über das Wesen islamischer Gesellschaften verstärkt, die – im Westen wiederum weitgehend unbemerkt – schon vor einigen Jahren begonnen hat.

Der Soziologe und Islamismus-Experte Gilles Kepel hat zwar bereits vor längerer Zeit den Niedergang des militanten Islamismus verkündet,² bezog sich dabei jedoch lediglich auf dessen Unfähigkeit zur Ergreifung der Macht. Er übersah, dass die Woge islamistischen Terrors des vergangenen Jahrzehnts zugleich das Tabu, den Islam zum Thema eines intellektuellen und damit letztlich politischen Diskurses zu machen, allmählich aufgeweicht hat. Es ist nicht auszuschließen, dass die »neue Dimension des Terrors« zugleich den Niedergang des politisch-militanten Islam weiter beschleunigen wird. Die Entmystifizierung des Islam als politischen Heilsbringers, die der Iran, aber auch Algerien bereits durchlitten haben, könnte sich im Zuge der zunehmend kritischen Selbstreflexion weiter fortsetzen.

STEPHAN BÖCKENFÖRDE: **Die Wiederentdeckung des Staates**

Als Folge auf die Neubewertung des Verhältnisses von »Sicherheit« und »Freiheit«, die nach den Anschlägen vom 11.9.2001 vorgenommen wurde, befinden sich die westlichen Industrienationen – allen voran die Vereinigten Staaten – in einem Prozess, den Staat wiederzuentdecken. Dagegen scheint der noch vor kurzem als geradezu zwangsläufig betrachtete Trend einer – wie auch immer definierten – Globalisierung,

2. Kepel, Gilles: *Jihad: Expansion et Déclin de l'Islamisme*, Gallimard, Paris, 2000; vgl. zuletzt *Die Zeit*, 11. Oktober 2001.

in deren Verlauf die Rolle des Staates zunehmend verschwindet, bis auf weiteres unterbrochen.

Zwar haben sich die historischen Bedingungen, unter denen der Staat heute agieren muss, vollkommen verändert, weil es einerseits zu einem deutlichen Bedeutungsverlust des Faktors »Territorialität« und damit zu einem Verschwimmen von Innen und Außen gekommen ist und weil andererseits die Bedeutung nicht-staatlicher (vor allem transnational agierender) Akteure gegenüber den Staaten stark zugenommen hat. Dennoch ist der Staat offensichtlich immer noch der einzige politische Akteur, dem man derzeit allgemein zutraut, organisatorisch und durch seine rechtliche Ausstattung Sicherheit (nach innen mit polizeilichen, nach außen mit militärischen Mitteln) bieten zu können – auch in einer Situation, in der die überragenden Gefahren nicht mehr – wie noch bis 1990 – von anderen Staaten, sondern von kriminellen/terroristischen nicht-staatlichen Organisationen ausgehen.

Ein erster Schritt im Zuge dieser Wiederentdeckung des Staates sind Antiterrorgesetze, die nun weltweit verabschiedet, und Sicherheitspakete, die überall geschnürt werden. In letzter Konsequenz kommt es zur Kombination polizeilicher Aufgaben und militärischer Mittel – und die beispielsweise in Deutschland vielfach erhobene Forderung, der Bundeswehr Kompetenzen im Inneren zuzugestehen, ist damit folgerichtiger Ausdruck dieser Entwicklung.

In den Vereinigten Staaten, die sowohl Ziel der Anschläge waren als auch die Führungsrolle im »war on terrorism« übernommen haben und die damit eine weltweit herausgehobene Position besitzen, kann man diese »Wiederentdeckung des Staates« besonders deutlich erkennen: Zunächst kam es in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 in der öffentlichen Meinung zu einem reflexartigen Ausbruch von Vertrauen in den Staat und seine Repräsentanten, die über das traditionelle »rally around the flag« hinausging. Denn nicht nur erhielt Präsident Bush Bestnoten für sein Agieren, vor allem erklärte eine überwältigende Mehrheit der Amerikaner, der Staat tue fast immer oder zumindest meist das Richtige.

Unter diesen Vorzeichen ergibt sich für den Staat geradezu ein Zwang zu intervenieren – von steuernden Eingriffen bis hin zur Entwicklung zum »starken Staat«. Eine erste Wende zeigte sich in der Wirtschaftspolitik, wo die neue Situation es der Bush-Regierung ermöglichte, eine unerwartet weitreichende Konjunkturpolitik zu rechtfertigen, durch die die Haushaltsüberschüsse angegriffen werden und die auch vor den

Rücklagen der Rentenkasse nicht Halt macht (gerade der letzte Schritt war im Sommer 2001 von Präsident Bush noch für tabu erklärt worden, allerdings mit der wörtlichen Einschränkung, dass es nicht zu einer Rezession oder einem Krieg komme – nun ist beides eingetreten).

Wirken sich diese Maßnahmen stimulierend aus, kommt es auf anderen Gebieten zu gravierenden, einschneidenden Beschränkungen: So werden aufgrund der neuen Gesetze die Finanzinstitute in Zukunft gründlicher überwacht werden, um die Geldwäsche zu bekämpfen; dabei geraten auch ausländische Institute in den Blickpunkt. Güter- und Personenkontrollen an den Grenzen werden verstärkt. Die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden nehmen – zum Unwillen der Bürgerrechtsgruppen – erheblich zu. Zahlreiche Elemente sind zwar zeitlich begrenzt und machen damit den Eindruck, lediglich einem »nationalen Notstand« in der Phase des »war on terrorism« geschuldet zu sein. Aber nicht jede Maßnahme kann vorbehaltlos mit einem solchen Notstand begründet werden (beispielsweise die zwischenzeitig erhobene Drohung der Regierung, der Firma Bayer das Patent für das Medikament Ciprobay zu entziehen).

Darüber hinaus übernimmt der Staat auch neue bzw. vor Zeiten ausgelagerte Aufgaben. Zwar ist ein »big government« in den Vereinigten Staaten – vor allem für die Republikaner – nach wie vor ein Anathema, aber eine fortgesetzte »Verschlankung« des Staatsapparates scheint unter dem Vorzeichen »Sicherheitsgewinn« nicht unbegrenzt möglich zu sein. Entsprechend kommt man nicht umhin, in dieser Frage Kompromisse zu machen. Die Debatten, ob man 28.000 unzureichend ausgebildete, schlecht bezahlte und entsprechend wenig motivierte Sicherheitskräfte, die im Auftrag privater Firmen auf den US-Flughäfen ihrer Arbeit nachgehen, in den mit Sozialleistungen und besserer Entlohnung ausgestatteten Staatsdienst übernehmen sollte, verdeutlichen die Spannung, die zwischen dem Projekt des »schlanken Staates« und dem Ziel der inneren Sicherheit besteht. Ein anderes Beispiel ist die Diskussion um die Zukunft des Unternehmens BioCorp, das 1998 die einzige kommerziell betreibbare Produktionsstätte für Milzbrandimpfstoffe in den USA vom Staat Michigan übernahm und in der Folge – aufgrund nicht erfüllter Hygienestandards – als Produzent vollständig ausgefallen ist.

Die Entwicklung hin zum »starken, die innere Sicherheit schützenden Staat« führte in den Vereinigten Staaten mit der Einrichtung des »Office of Homeland Security« auch zu einer tiefgreifenden organisatorischen Veränderung innerhalb der Regierungsbürokratie. Bisher waren

über 40 Regierungsstellen weitgehend unkoordiniert auf dem Feld der inneren Sicherheit aktiv, und seit Jahren waren die Defizite und Reibungsverluste innerhalb dieses Systems beklagt worden. Daneben wurde im Nationalen Sicherheitsrat eine neue Stelle eigens für Terrorismusbekämpfung geschaffen. Von wesentlich größerer Tragweite allerdings könnte am Ende sein, dass im Verteidigungsministerium mit Heeresminister Thomas White ein eigener Terrorismusbeauftragter bestellt wurde. Damit wird fast automatisch dem Heer eine verstärkte Rolle in Fragen der inneren Sicherheit zukommen – an dieser Stelle kommt es zum deutlichen Zusammenfluss polizeilicher Aufgaben und militärischer Mittel.

Schließlich erscheinen auch Vorhaben, die bislang vor allem einen außenpolitischen Anstrich besaßen, vor dem Hintergrund eines »Home-land-Security«-Konzeptes in einem neuen Licht; am deutlichsten wird dies wohl im Fall der Raketenabwehr, die zu einem elementaren Bestandteil eines solchen Konzeptes des »Sicherheitsstaates« wird, der sich der genauen Bestimmung der Natur seiner Feinde und deren Waffen nicht mehr gewiss sein kann.

Die Zeit wird zeigen, welche der zahlreichen Maßnahmen von Dauer sein werden und welche noch hinzutreten werden. Einige eingeleitete Schritte werden wieder zurückgezogen werden. Manches andere wird unter dem Druck, die zuvor erreichte Offenheit, Freiheit und Grenzlosigkeit nicht in Gänze aufzugeben, modifiziert werden. Aber solange man angesichts der bestehenden Bedrohungslage keine vertrauenswürdigeren Institutionen auf dem Feld der inneren und äußeren Sicherheit (er)findet, erlebt der (starke) Staat als Folge des 11. September 2001 seine Renaissance.

JENS UWE HETTMANN:

Weltweite Inklusionspolitik statt westlicher Selbstherrlichkeit

Die Ereignisse des 11. September 2001 stellen eine neuartige Herausforderung des internationalen Gewaltmonopols der Staaten dar. Ihre neue Qualität liegt darin, dass zivile Einrichtungen und Zivilisten von Nicht-Soldaten in einem nicht erklärten Krieg angegriffen werden. Das bedeutet, dass weder herkömmliche diplomatische noch militärische